

**Zeitschrift:** Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur  
**Herausgeber:** Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte  
**Band:** 9 (1929-1930)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Entwicklungen in Deutschland  
**Autor:** Behrens, Eduard  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-157016>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Entwicklungen in Deutschland.

Von Eduard Behrens.

## Der Bankrott der Kommunisten.

Dreizig Tote, zweihundert Verwundete, tausend Gefangene: Über der Bilanz der Berliner Ersten Mai Schlacht, provoziert durch das wochenlange Brählen der Kommunisten mit Bürgerkrieg und brutal durchgeführt von einer sozialistisch geleiteten Polizei, wären vor zehn, noch vor sechs Jahren die deutschen Massen aus der Haut gefahren; eine Regierung, erst recht mit einem sozialistischen Reichskanzler, hätte den laufenden Tag nicht überlebt. Diesmal haben die Massen kaum gemuckt. Zum Protest gegen das Blutbad verkündigten die Kommunisten sofort den Generalstreik. Von der Million Berliner Arbeiter streikten keine fünftausend, von den zwanzig Millionen Proletariern im ganzen Reich keine fünfzigtausend. Im Organ der linkskommunistischen Opposition „Gegen den Strom“ steht die Erklärung eines kommunistischen Parteisekretärs vor der Düsseldorfer Parteiarbeitskonferenz des 10. Mai: „Die Lösung des politischen Massenstreiks ist überhaupt keine Aktions-, sondern nur eine Propagandalösung gewesen, an deren Durchführung die Parteileitung selbst nicht glaubte.“

Ein Monat ist vorüber, Alles ist vergessen. Der Propagandastoff war selten gut; die Kommunisten mußten ihn liegen lassen, weil sie bei den Massen keine Resonanz mehr haben. Durch das Spiel mit dem Feuer am 1. Mai, „mangelhaft vorbereitete Machtprobe gewissenloser Putschisten“, verlor die Partei abermals Scharen von Mitläufern. Ein Gewährsmann, der über die Vorgänge in der Kommunistischen Partei „besonders gut informiert ist“, erzählt der demokratischen „Vossischen Zeitung“: „Von den 500,000 Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands nach der Spaltung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei 1921 sind heute kaum 100,000 übrig geblieben.“ Der Gesinnung der Arbeiter in den großen Industriewerken stellt der kommunistische „Parteiarbeiter“ vom Mai diese Zensuren aus: Griesheim-Elektron — kein Offensivgeist! Farben- und Anilinfabrik Wolfen — die Kompromißler! Osram-Berlin — echt versöhnlicherisch! Siemens-Elmatwerk — die Großmütigen! Siemens-Kabelwerk — die Nur-Gewerkschaftler! Otis-Borsigwalde — erst manövrieren, dann riskieren! AEG-Niederschöneweide — glatter Opportunismus! AEG-Lokomotivfabrik, Hennigsdorf — dem Kampf aus dem Wege! Siemens-Schuckert, Nürnberg — Kuhhandel! A.-G. Weser, Bremen — keine Courage! Es vergeht kaum ein Tag ohne Übertrittserklärung eines bekannten kommunistischen Funktionärs von der KPD zur SPD. Gestern waren es zwei Korphäen der Kommunisten Sachsen, die Dresdener Stadträte Wettengel und Zinke, heute ist es der streitbare und um die revolutionäre Arbeiterbewegung sehr verdiente Ewald Ochel, Redakteur der „Freiheit“ und Vorsitzender der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion zu Düsseldorf. Dezimiert, führerlos, ohne wahres Ziel, ohne Selbstvertrauen, jeden Respektes bar, vom Ausland gestützt und

bezahlt — derart auf den Hund kam die revolutionäre Aktion, die vor zehn Jahren die Männer des alten Regimes schier in die Mäuselöcher trieb oder über die Landesgrenzen jagte und das Bürgertum in seiner Angst zu den schimpflichsten Kapitulationen bereit fand!

Die Entwicklung mußte so sein. Vom Moment an, wo die Massen wieder Daseinsmöglichkeit, Konsequenz und Arbeitslust spürten, verlor die Hunger- und Katastrophenpsychose die Gewalt über sie, und die Chancen der internationalen Nutznießer fielen. Der Kommunismus lebt von der Aussichtslosigkeit und der Verzweiflung der Massen: In Rußland mag er eine Zeit lang noch leben. Aber der deutsche Arbeiter dankt für eine „proletarische Kultur“. Der deutsche Arbeiter, wie die Arbeiter aller andern Länder, schämt sich im Grund, daß er ein Proletarier ist. Der Arbeiter will nur das Eine: Heraus aus dem Proletariat! Jeder Arbeiter und Proletarier denkt nur daran, wie er sich und seinen Kindern ein besseres Leben sichern, wie er am schnellsten ein Bürger werden kann. Das ist nicht sehr heroisch, aber dafür ist es wahr. Der Kommunismus in Deutschland geht bankrott, weil er unzeitgemäß geworden und unehrlich ist. Unzeitgemäß: Die Zeit der Verzweiflung ist vorbei. Unehrlich: Der deutsche Arbeiter ist dem Kommunismus gut genug höchstens als Objekt für gefährliche soziale Experimente im Auftrag einer fremden Macht, Rußland. Das hat der Arbeiter endlich begriffen. Der Kommunismus in Deutschland ist volksfremd. Als reale politische Größe hat er, falls er nicht wieder Nutznießer einer Wirtschaftskatastrophe werden kann, wohl für lange ausgespielt.

### Der sozialistische Wille zur Macht.

Bankrott der Kommunisten, gute Zeit für die Sozialisten! Als die Sozialdemokratie vor einem Jahr die Führung der Staatsgeschäfte übernahm, hatte sie schlechte Propheten: In spätestens einem Jahr ist die Partei von der Macht verbraucht, in sich zerfallen und gesprengt. Die Gewinner werden die Kommunisten sein. Ein Jahr ist vorbei. Mit Kompromissen und Rücksichten wurde wahrlich nicht gespart. Die Sozialdemokratie sitzt fester im Sattel als je. Vor einem Jahr mußten die Deutschnationalen ihr Mitregieren quittieren mit einem sehr großen Verlust an Mandaten für den Reichstag. Das eine Regierungsjahr brachte der Sozialdemokratie ein Mehr ein von 150,000 Beitrittserklärungen. Die Partei zählt heute eine Million eingeschriebene Mitglieder. Groß und berechtigt war das Selbstbewußtsein der Führer am Parteitag der letzten Maiwoche in Magdeburg. Die Opposition hatte Überfluß an Stoff: Konkordat mit dem hl. Stuhl, Panzerkreuzer, Wehrfrage, die Kompromisse mit der Bourgeoisie, die Toten des 1. Mai, die steuerlose Reichsanleihe, „größter Skandal der deutschen Finanzgeschichte“ —, aber die Opposition, die seit dem letzten Parteitag vor zwei Jahren in Kiel von 55 auf 138 Stimmen anwuchs, kam nicht auf. Man ließ sie ruhig sich ausreden. Kurz vor der Abstimmung fuhr dann immer eine große Kanone auf und zerstörte die Argumente zu Atomen. Der preußische Ministerpräsident Braun sprach für das Konkordat, der Reichskanzler

Hermann Müller für Panzerkreuzer und Koalition, Reichsinnenminister Severing für Wehrhaftigkeit und Wehrbereitschaft. Die Regie war glänzend, das Präsidium handhabte virtuos Otto Wels, ein ehemaliger Tapezierergeselle. Er zog mit populärer Geste die Kette aus und amtierte in Hemdsärmeln. Vermeintliche populäre Geste, denn niemand folgte dem Beispiel. Der Parteitag, eingedenkt seiner Würde und repräsentativen Bedeutung, bestand auf Form und Haltung. Als ein sächsischer Oppositionsmann das Wort „Proletarier“ immer wieder in den Mund nahm, erscholl aus der Mitte der Versammlung der Ruf: „Was Proletarier! Reden Sie doch nicht immer von Proletariern!“ Und als der Breslauer Eckstein ausrief: „Wir sind nicht für diesen Staat verantwortlich, sondern nur für die Arbeiterklasse!“, wurde er vom Reichskanzler Müller, und die große Mehrheit der Versammlung klatschte Beifall, angegriffen: „Das schlägt allem ins Gesicht, was wir seit zehn Jahren gesagt und getan haben!“

Den stärksten persönlichen und sachlichen Erfolg auf dem Reichstag hatte, wie billig, der stärkste Kopf der Partei, Karl Severing, der Reichsinnenminister. Severing, einst Proletarier, Fabrikarbeiter, wurde durch Talent, Härte, großes Glück, der Politiker, der Staatsmann, zu dem die politisch so kopfscheuen Deutschen noch am meisten Zutrauen haben. Wenn man einem politisch versierten Deutschnationalen ganz heimlich „auf den Zahn fühlt“: „Wer unter Allen ist Ihr Mann?“, so kann es sein, daß er flüstert: „Severing.“ Angenommen, Deutschland wacht eines Morgens auf und habe einen Diktator. Als Mussolini wird es nur einen ertragen: Severing. Es ist Mode, auf die Sozialdemokraten zu schimpfen, der Kommunist schimpft ex officio, es schimpfen die Deutschnationalen, die Demokraten schimpfen, die Literaten. Der Ausländer, dessen Gefühl nicht engagiert ist, wundert sich: Ohne die Sozialdemokraten wäre Berlin heute vielleicht bolschewistische Zweigstelle und dann adieu Demokraten, deutschationale Belange, Literatur! Und was haben die Sozialdemokraten verbrochen? Was die guten und anständigen Politiker überall „verbrechen“: Daß sie die Welt so sehen wollen und so nehmen wollen, wie sie ist und daß sie sehen wollen, wo die Menschen der Schuh wirklich drückt.

Die Opposition verlangte von Parteitag und Regierung: Keinen Pfennig für die Reichswehr! Nehnt die Landesverteidigung ab! Darauf antwortete Severing: „Das Wichtigste ist, daß wir die Reichswehr republikanisch und demokratisch machen. Das geschah nicht, wie es hätte geschehen müssen. Die Reichswehr ist nicht allein daran schuld, wir sind es auch. Warum haben wir die Polizei fest in der Hand? Weil wir sie mit frischen jungen Gewerkschaftlern auffüllten. Wir müssen auch die Reichswehr in die Hand bekommen. Wer Polizei und Reichswehr hat, hat den Staat. Richtlinien sind ganz gut, aber wichtiger ist doch die Macht.“ So sprach endlich ein deutscher Staatsmann. Die Sozialdemokratie will die Macht. Sie verkündigt es durch den Mund ihres stärksten Exponenten. Es gibt in Deutschland vor allem zwei Männer, die beweisen, daß sie die Macht zu gebrauchen wissen, die beiden sind Sozialdemokraten:

Severing und sein ehemaliger Kollege von der Preußenregierung, der noch amtierende preußische Ministerpräsident Braun.

Severing und Braun und hinter ihnen die bewährte Phalanx aus dem breiten Volk herangebildeter sozialdemokratischer Funktionäre geben der Sozialdemokratie das Recht, den Anspruch auf die Macht zu tun. Die Massen sind mit dem Übergehen der Führer von der Phrase, die nichts kostet, zum Kampf um die Macht, um die Behauptung der Macht, wohl einverstanden. Nur die reale Macht wird dem Arbeiter möglich machen, was er im Grund will: Nicht mehr Proletarier sein müssen. Der Weg, den die deutsche Sozialdemokratie beschreitet, ist der allein gegebene. (Wenn überhaupt ein Weg gegeben ist.) Systematisches Erfämpfen aller Positionen der Macht im Gegenwartsstaat: Die Sozialdemokratie hat dazu die Führer und die Massen. Möge sie das Vertrauen der Massen rechtfertigen!

### Die Sozialdemokratie und die Nation.

Wer Kraft, Jugend, Zukunft sehen will, nehme sich Zeit und Mühe und fahre einen Sonntag lang mit den Ring- und Vorortbahnen Berlins mächtige Peripherie ab. Ketten junger Leiber im Training auf hundert Sportplätzen umsäumen die Reichshauptstadt. Das Berliner Bild ist draußen im Reich tausendsach wiederholt. Jeder zehnte Deutsche ist aktiver Sportler. Dem Reichsausschuss für Leibesübungen gehören 47 Verbände mit rund 7 Millionen Mitgliedern an. Ein großartiges physisches Erwachen und sich Recken verwandelt das Volk, das sich physisch früher so vernachlässigte. Weit weniger zielsicher, durch die Sportbesessenheit fast absorbiert, bewegt sich die Jugend politisch. Was sich „vaterländische Bewegung“ nennt, ist nicht viel mehr als ein Begriff, ein Wirrwarr von Mißverständnissen, Vorurteilen, unmöglichen Perspektiven. Eine wahre öffentliche Meinung, eine sichere Volkseinheit im Rücken, statt eines Vakuums, und die Pariser deutschen Sachverständigen hätten wohl Besseres herausgeholt, als sie unter den gegebenen Umständen herausholen konnten.

Dennoch ist etwas Unterirdisches im Fluß, seit die Sozialdemokratie national langsam einbiegt, als stärkste Regierungspartei einbiegen muß. Das sozialistische Magdeburger Bekenntnis zur Landesverteidigung und zum Wehrhaftsein ist von großer Bedeutung. Auf der Generalversammlung des republikanischen Schutz- und Trußbundes „Reichsbanner“ zu Hannover — der Gewalthause des Bundes ist sozialdemokratisch — nahm Otto Hörsing, der sozialistische Magdeburger Oberpräsident und Bundesvorsitzende, widerspruchslos in schärfster Form gegen die Pazifisten und einen ihrer Wottführer, den General a. D. v. Schönaich, Stellung. Herr v. Schönaich, bis jetzt Mitglied des Reichsausschusses des Reichsbanners, wurde nicht wiedergewählt. Neu ist die Annäherung Jungdeutscher Orden-Reichsbanner. Jungdo, der große, militärisch aufgezogene Bund, machte innerhalb weniger Jahre die außerordentliche Wandlung durch von einer nationalistischen republikeindlichen zur republikfreundlichen Organisation. Er trägt dem Reichsbanner ein rich-

tiges Bündnis an: „Es droht nicht die Gefahr eines Angriffs von außen, sondern die Gefahr der Unterwühlung im Innern. Wir sind bereit, in gemeinsamer Arbeit alle Gegensätze zurückzustellen. Diese Gegensätze sind nicht im Stand, den volksnationalen Kämpfer vom Reichsbannermann zu trennen, wenn die Garantie da ist, daß beide für die Freiheit Deutschlands und für einen geordneten, starken und gerechten Volksstaat arbeiten und kämpfen.“ Wenn die deutsche Arbeiterschaft als Ganzes national, vaterländisch bewußt wird, erhält Deutschland ein ganz neues Gesicht. Erst wenn sie von der großen Mitte der werktätigen Arbeit belebt ist, hat die jetzt verzettelte, an hundert Strängen zugleich ziehende und zerrende vaterländische Bewegung Sinn und Zukunft. Eine deutsche Politik, welche den Arbeiter ignoriert oder gar gegen sich hat, ist keine deutsche Politik. Die vaterländische Bewegung, heute gefördert und geführt fast durchwegs von Parteigängern des alten Regimes, ist im Grund gerichtet gegen die deutsche Arbeiterschaft, deren mächtige Emanzipation und deren Recht zur Mitsprache und Mitentscheidung sie einfach nicht wahr haben will. Viele Tausend echte, vornehme, für die Zukunft geschaffene Deutsche gehören diesen Verbänden an, Stahlhelmer, Nationalsozialisten, gerade Nationalsozialisten, aber die Leiter, Bombasten wie Hitler und der Stahlhelmgeneral Seldte, machen die Vereine weitherum lächerlich, unerträglich, unpopulär. Der „Stahlhelm“ mit seinem Klimbim und Geschnarr auf der Münchener Bundestagung Ende Mai fiel manchen Bayern schwer auf die Nerven.

Bestes altes Bürgertum verarmte an Umsturz und Inflation und kam unters Rad. Daß diese Menschen die Schuld an ihrem Unglück auf den Gegenwartsstaat wälzen, ist verständlich. Daß Tausende der alten Zeit dem Kaiser, den Fürsten die Treue bewahren und vom Heute nichts wissen wollen, ehrt sie. Aber eine Aktion aus der Mitte der Verbitterten, Erniedrigten und Besleidigten heraus ist ohne Kraft und sympathische Werbung, ist ohne Zukunft. Ein Stand unter allen hat Zukunft, weil er mit der Vergangenheit nicht belastet ist: Der Arbeiter. Man muß den Arbeiter vaterländisch machen! Die Sozialdemokratie will die Macht im Staat; das kann sie nur, wenn sie sich mit Staat und Vaterland identifiziert. Ein wahrer deutscher Volksstaat — und die soziale Ruhe ist, soweit sie verbürgt werden kann, verbürgt und die Gespenster des Bolschewismus sind für immer gebannt. Das Bürgertum, besonders das deutschationale, müßte den Sozialdemokraten für ihre neue Entwicklung auf den Knien danken. Aber die maßgebende deutschationale Gruppe unter der Führung des Geheimrats Hugenberg vom Scherl-Verlag bekämpft und bedroht den Gegenwartsstaat heute erbitterter als je. Die Erbitterung hat ihre guten Gründe.

Die Pariser Entscheidung ist gefallen, und Deutschland kann nicht jubeln. Zur propagandistischen Verschleierung der Summe, die nach der schon vollbrachten Leistung von 35 Milliarden während zwei Generationen noch gezahlt werden soll, wurde in Paris ein „Gegenwartswert“ von 37 Milliarden errechnet. Soweit wäre die Entente den Deut-

schen entgegengekommen! Aber diese fiktiven 37 sind in Tat und Wahrheit 80 Milliarden, etwas weniger als die Hälfte des gegenwärtigen deutschen Nationalvermögens. Kein Deutscher glaubt, daß dieser Tribut, begründet mit dem erzwungenen Bekenntnis zur Alleinschuld am Krieg im Versaillervertrag, je bezahlt werden wird. Es ist vorgesehen, daß der Youngplan verändert werden kann. Und er wird wieder verändert werden, in Güte oder dann — mit Gewalt. Ein halbes Jahrhundert und mehr Tributpflicht für das stärkste Volk des Erdteils?! Aber in Paris begann eine Atempause für Jahre. Diese Atempause erreicht zu haben, ist ein großer Gewinn, Zeitgewinn für den Gegenwartsstaat, der von der dringenden Außensorge endlich befreit, nun die große, immer wieder verschobene Arbeit im Innern beginnen kann. Die Sozialdemokratie schickt sich an, den Staat in die Hand zu bekommen. Die Stunde ist entscheidend. Der Gegner ruft zur entscheidenden Sammlung und bereitet den Gegenschlag vor, nachdem er umsonst versucht, die Pariser Konferenz zu stören und zu sprengen.

Ein gutes Geschick bewahre Deutschland jetzt vor den innern Wirren, worüber so viel gemunkelt wird. Denn zum ersten Mal seit dem Jahr des Schreckens 1918 taucht im deutschen Labyrinth der rote Faden auf, der diesem Volk so sehr gefehlt hat. Hätte es ihn besessen, vieles wäre heute anders. Unter den Deutschen aller Klassen und Bekenntnisse fängt langsam ein einiges Denken und Wissen an: Von rechts nach links sind sie heute überzeugt, daß die deutsche Alleinschuld am Krieg, dieser „Blankowechsel“ für Unrecht und Willkür, eine Geschichtslüge ist, die getilgt werden muß. Sie sind überzeugt, daß sie von draußen nichts erwarten können, sondern alles aus eigener Kraft tun müssen, der Völkerbund ist in Deutschland sehr „unten durch“. Sie sind endlich überzeugt, daß man Haare auf den Zähnen haben muß, um in dieser Welt zu bestehen. Kein Deutscher anerkennt das Veto gegen den Anschluß, keiner die Dauer der Grenzen im Osten. Die Demütigungen, angehäuft von den ehemaligen Landesfeinden seit zehn Jahren, haben ihr längst vorausgesagtes Werk getan. Die Deutschen wissen, daß sie auf Gedieh und Verderb zusammen sind. Der Ausländer versteht nur nicht, daß sie es nicht längst wußten. Kein Land hat schlechtere Grenzen, kein Volk ist von Natur aus weniger mit Einheit begabt, kein Volk ist den andern Völkern so wenig begreiflich und vertraut. Man hat die arbeitsbesessenen Konkurrenten nicht gern, heute wie damals nicht gern. Kein Volk müßte mehr zusammenhalten, keines ist im Innern so zerissen. Man versteht die Sehnsucht so vieler nach dem großen unbekümmerten Mussolini und seinem Gewaltstaat. Doch ein erster Anfang ist getan, ein ganz kleiner Anfang nur. Die Vollendung gehört der Zukunft. Die besten und kräftigsten Deutschen stehen im Arbeiterstand und im großen Generalstab der Industrie. Beide bedroht die Massenoffensive des amerikanischen Kapitals. Eine Solidarität zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gerade im Industriezentrum, im Ruhrgebiet, war gelegentlich schon da. Wenn die Deutschen in Ruhe gelassen sind, wenn sie sich selbst in Ruhe lassen, entsteht auf deutschem Boden vielleicht

die Basis und Bürgschaft einer bessern Zukunft: Der Friede zwischen Kapital und Arbeit.

## Discount D'Abernons „Memoiren“.

Von Kurt Lessing.

### II.

Neider gibt uns das Tagebuch keine Belege dafür, wieweit D'Abernon in seiner Wirksamkeit durch das Foreign Office eingeengt bezw. getrieben worden ist. Man kann ohne weiteres annehmen, daß D'Abernon in seinen Berichten nach London Vorschläge gemacht hat, welche Stellung in dieser und jener Sache der deutschen wie der französischen Regierung gegenüber einzunehmen sei, worauf dann das Foreign Office ihm Weisung erteilte, was er zu tun habe. Wir werden als wahrscheinlich annehmen dürfen, daß D'Abernon in Briefen an Lloyd George und Curzon die von ihm für richtig erkannte Politik verfocht und Antwort erhielt. Das Tagebuch enthält (wahrscheinlich infolge seiner Bureaumachung für die Veröffentlichung) nichts davon. Nur eine Stelle lässt uns als wahrscheinlich erkennen, daß es an Kampf zwischen dem Botschafter und seiner vorgesetzten Behörde nicht gefehlt hat. Es ist der in dem der Quellenkritik gewidmeten Abschnitt erwähnte Bericht über eine Unterredung mit dem tschechoslowakischen Gesandten in Berlin, Tuszar. Wenn er von diesem berichtet, daß er die französische Politik für vollkommen wahnhaft hält und zu Anfang und zu Ende hervorhebt, welch ausgezeichneter Kenner Deutschlands Tuszar sei (der einen mit Frankreich verbündeten Staat vertritt), so wird man daraus schließen können, daß D'Abernon ihn als Zeugen braucht, weil trotz seiner Berichte das Foreign Office von dem Wahnsinn der französischen Politik nicht überzeugt war. — Eine andere Stelle lässt uns darauf schließen, wie sich D'Abernon (nach erfolgter Abstimmung) die Lösung der oberschlesischen Frage dachte. Er schreibt zum 7. Oktober 1921: „.... Während es von größter Bedeutung ist, das Industriegebiet ungeteilt unter deutscher Führung zu belassen, wird weder das Ende der Welt gekommen sein, noch der englische Einfluß in Deutschland aufhören, wenn ein kleiner Teil des Gebietes gegen Entschädigung abgetrennt werden sollte.“\*) Danach dürfte D'Abernon in London dafür eingetreten sein, daß Polen für den ihm zufallenden Teil eine Entschädigung zahle. (Dass die britische Politik dafür eintrat, daß die Volksabstimmung wirklich berücksichtigt werde, ist bekannt.)

\*) Tagebuchnotiz zum 9. Juni 1921: In der oberschlesischen Frage „befürwortet Moskau die polnische Lösung, hauptsächlich, weil sie die denkbar schlimmste ist. (Ganz Oberschlesien an Polen.) Die Russen glauben, daß die Polen die Industrie herunterwirtschaften werden, und daß ihr Zusammenbruch den Beweis der kapitalistischen Unfähigkeit erbringen und auf diese Weise dem Kommunismus zum Vorteil gereichen wird.“